

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglied SPD-Fraktion

2. Bürgermeister Wilfrid Adam

Ratsmitglied Ursula Aljets

Ratsmitglied Holger Barkowsky

Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger

Ratsmitglied Hans Gabriels

Ratsmitglied Sabine Gastmann

Ratsmitglied Hans Hartmann

Ratsmitglied Hans-Jürgen Kempcke

Ratsmitglied Kurt Lorentz

Beigeordneter Siegfried Neumann

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Ratsmitglied Uwe Reese

Ratsvorsitzender Norbert Schmidt

Ratsmitglied Margit Stoermer

Ratsmitglied Hermann Stolle

Ratsmitglied Angelika Thwin

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester

Ratsmitglied August Desenz

Ratsmitglied Jörn Felbier

Ratsmitglied Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Ratsmitglied Stephan Hellwig

Ratsmitglied Brigitte Klee

1. Bürgermeister Fritz Langen

Ratsmitglied Helmut Möhle

Ratsmitglied Philipp Panzer

Ratsmitglied Bernhard Rech

Beigeordneter Prof. Günter Reuter

Beigeordneter Heinz Weerda

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Susanne Bauermeister

Ratsmitglied Hans-Joachim Jasny

Ratsmitglied Horst Radmer

Ratsmitglied Hartmuth Sager

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglied Erika Lach

Ratsmitglied Claus-Dieter Westerman

Mitglied Gruppe BASU/Tholen

Ratsmitglied Joachim Ender

Ratsmitglied Gerold Tholen

Ratsmitglied Joachim Tjaden

Mitglied der LAW

Ratsmitglied Johann Janssen

Es fehlte entschuldigt

Beigeordneter Werner Biehl

Ratsmitglied Marita Hirsch

Ratsmitglied Peter Müller

Ratsmitglied Christine Will

Dezernenten

Stadtrat Dr. Jens Gaul

Stadtkämmerer Heiko Hoff

Stadtrat Klaus-Dieter Kottek

Erster Stadtrat Jens Stoffers

von der Verwaltung

Fachbereichsleitung Recht Marion Fiedelak

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß

Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion

Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke

Protokollführer

Protokollführer Lars Stecker

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 13

C. Nichtöffentlicher Teil ab Seite 14

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 17.06.2009
- 5.1 Antrag Gruppe BASU/Tholen "Touristische Neuordnung im Bereich Bontekai - KW-Brücke"
- 6.1.1 Bebauungsplan Nr. 63 / 2. Änderung -Freizone Freiligrathstraße (Heppenser Deich)- Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
- 6.1.2 Bebauungsplan Nr. 123 / 2. Änderung Fachhochschule - Entwurfsbeschluss
- 6.1.3 Straßenbenennung der Gerichtsstraße zwischen Bremer Straße und Rüstringer Straße
- 6.1.4 Bebauungsplan Nr. 180 / 3. Änderung Belter Weg - Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
- 6.2.1 Mitgliedschaft Verein "Lernort Technik und Natur e.V."
- 6.3.1 Jahresabschluss des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS) 2008 sowie Entlastung der Betriebsleitung
- 6.4.1 Jahresabschluss 2008 der Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe sowie Entlastung der Betriebsleitung
- 7.1 Große Anfrage der Gruppe BASU/Tholen und Ratsherrn Claus Westerman vom Bündnis 90/Die Grünen zum Thema "Wiesbadenbrücke"

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Schmidt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 17.06.2009

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 17.06.2009 wird genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Eine „Aktuelle Stunde“ war nicht beantragt worden.

5 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat

5.1 Antrag Gruppe BASU/Tholen "Touristische Neuordnung im Bereich Bontekai – K-W-Brücke"

Herr Tjaden trug den Antrag der Gruppe BASU/Tholen vor:

„Für den touristischen Bereich rund um den Großen Hafen wird:

- *ein Gutachten in Auftrag gegeben, welches alle touristischen Angebote mit städtischer Beteiligung auf ihrer Zukunftsfähigkeit untersucht.*

- ein Konzept erarbeitet, wie die Einrichtungen durch Zusammenarbeit
,
Zusammenlegung, Neuorientierung der Ausstellungen, Verlagerung oder Schließung für Touristen und Bürger der Stadt attraktiver gemacht werden können.
- In die Begutachtung werden auch Gelände und Gebäude der Südzentrale einbezogen.“

Herr Dr. von Teichman bemängelte, dass das Tourismuskonzept, das am 24.11.2004 durch den Rat in Auftrag gegeben worden sei, bis zum heutigen Zeitpunkt nicht vorliege. Anschließend trug er den **Änderungsantrag der FDP-Fraktion** vor:

„Die angeführten 3 Punkte fallen weg. Stattdessen heißt es:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, das Tourismuskonzept in der derzeitigen Form ohne weitere interne Abstimmungen dem Rat zuzuleiten.
2. Das Konzept für die weitere Nutzung von Oceanis ist vollständig allen Ratsmitgliedern unverzüglich zur Verfügung zu stellen.
3. Spätestens in der Ratssitzung im November 2009 ist das Tourismuskonzept zur Abstimmung zu bringen.“

Herr Hellwig erläuterte die geplanten Maßnahmen im Bereich des Großen Hafens und vertrat die Meinung, dass sowohl die Verwaltung als auch die WTF auf dem richtigen Wege sei und signalisierte die Ablehnung des Antrages durch seine Fraktion.

Herr Tjaden erklärte, dass es sich bei dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion um keinen Änderungsantrag handle, sondern um einen gänzlich neuen Antrag. Im Weiteren erläuterte er die Gründe seines Antrages.

Herr Neumann kritisierte, dass der Antrag zum falschen Zeitpunkt käme, da die Haushaltslage eine Umgestaltung im Moment nicht zulasse. Er vertrat die Meinung, dass die beiden Anträge komplett unterschiedlich seien. Der Antrag der Gruppe BASU/Tholen beinhalte ein Gutachten über den Bereich „Rund um den Großen Hafen“ und die FDP-Fraktion stelle einen Antrag zur Erstellung eines Tourismuskonzeptes. Einem weiteren Gutachten werde die SPD-Fraktion nicht zustimmen. Ein Tourismuskonzept müsse allerdings zwingend kommen und diese Aufgabe sehe er originär bei der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH. Abschließend unterbreitete er den Vorschlag, das Tourismuskonzept als Tagesordnungspunkt auf die nächste Tagesordnung des Rates zu setzen.

Herr Prof. Reuter lobte die gute Arbeit der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH im Zusammenhang mit der Erstellung des Tourismuskonzeptes. Es sei auch die Aufgabe der Gesellschaft, dieses Konzept zu erarbeiten. Ein weiteres Gutachten erstellen zu lassen, sehe er als nicht notwendig an. Er signalisierte, dass die CDU-Fraktion keinem der beiden Anträge zustimmen werde.

Herr Dr. von Teichman kritisierte erneut, dass die Verwaltung es bis heute nicht geschafft habe, ein Tourismuskonzept vorzulegen. Um über das Tourismuskonzept abstimmen zu können, wie Herr Neumann vorgeschlagen habe, müsse dieses zunächst allen Ratsmitgliedern vorliegen. Da der Rat den Beschluss zur Erstellung des Konzeptes in Auftrag gegeben habe, müsse dieser auch abschließend darüber abstimmen.

Herr Tjaden signalisierte, er würde seinen Antrag evtl. zurückziehen, wenn ihm heute versichert werde, dass nichts von den geplanten Vorhaben „Oceanis-Gebäude“ umgesetzt werde und im November ein Tourismuskonzept vorgestellt werde. Alternativ wäre er auch bereit, den Antrag auf November zu verschieben, wenn das Tourismuskonzept im Oktober behandelt werde.

Herr Dr. von Teichman erklärte, dass er aufgrund der bevorstehenden Ferien eine Behandlung in der Oktobersitzung für nicht ratsam erachte und schlug die Novemberratssitzung zur Behandlung vor.

Oberbürgermeister Menzel erläuterte die Ziele der touristischen Neuordnung im Bereich des Großen Hafens:

1. Tragfähige touristische Nutzung des Oceanisgebäudes
2. Vermeidung einer nichttouristischen Nutzung des Gebäudes
3. Das Küstenmuseum zu stärken
4. Einen maritimen/touristischen citynahen Erlebnisbereich schaffen
5. Den Bontekai stärken unter Berücksichtigung der maritimen Meile

Unter Berücksichtigung der o.g. Punkte handele sich bei dem Nachnutzungskonzept der WTF, welches im Februar von Herrn Hoff in Auftrag gegeben worden sei, nicht um ein touristisches Gutachten für die Maritime Meile, vielmehr müsse der komplette Bereich im Umfeld des Oceanisgebäude betrachtet werden. Was die finanziellen Belange bei der Umsetzung des Projektes betreffe, gehe dieses natürlich nicht ohne vorherige Zustimmung durch den Rat. Weiterhin sei zu prüfen, ob nicht private Investoren für dieses Projekt gewonnen werden können. Das Tourismuskonzept werde dem Rat vorgelegt, wenn dieses endgültig erarbeitet und abgeschlossen sei.

Herr Prof. Reuter bemängelte, dass die gestellten Änderungsanträge dem Rat nicht frühzeitig zur Verfügung gestellt worden seien und es daher schwierig sei, über diese zu entscheiden. **Er beantragte eine zehn minütige Pause.**

Herr Schmidt unterbrach die Sitzung für 10 Minuten. (16:41 Uhr bis 16:51 Uhr)

Nach Wiedereintritt in die Sitzung erklärte **Herr Prof. Reuter**, dass es sich bei dem Antrag der FDP-Fraktion nicht um einen Änderungsantrag handele, sondern um einen neuen Antrag und sprach sich in Absprache mit Herrn Neumann dafür aus, dieses Thema in einer der kommenden Ratssitzungen zu behandeln.

Herr Neumann stellte daraufhin folgenden Antrag:

„Im Oktoberrat wird der Tagesordnungspunkt „Sachstand Tourismuskonzept“ auf die Tagesordnung gesetzt und das weitere Vorgehen beraten und beschlossen.“

Herr Dr. von Teichman kritisierte, dass das Konzept zunächst allen Ratsmitgliedern zugänglich gemacht werden müsse.

Herr Tjaden erklärte, den Antrag der Gruppe BASU/Tholen gleichwohl aufrecht erhalten zu wollen.

Der Ratsvorsitzende, ließ zunächst über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen: Ja: 6 Nein: 35 Enthaltungen: 0

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion wurde somit mehrheitlich abgelehnt.

Der Vorsitzende ließ dann über den Antrag der Gruppe BASU/Tholen abstimmen: Ja: 3 Nein: 38 Enthaltungen: 0

Der Antrag der Gruppe BASU/Tholen wurde somit mehrheitlich abgelehnt.

Der Vorsitzende ließ abschließend über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen: Ja: 31 Nein: 10 Enthaltungen: 0

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion wurde somit mehrheitlich angenommen.

6 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

6.1 Ausschuss für Planen und Bauen

6.1.1 Bebauungsplan Nr. 63 / 2. Änderung -Freizone Freiligrathstraße 197/2009 (Heppenser Deich)- Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss

Herr Harms trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 08.09.2009 mit kurzer Begründung vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund der §§ 2 Abs.1 und 10 des Baugesetzbuches und der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in den z.Z. geltenden Fassungen den Bebauungsplan Nr. 63 / 2. Änderung - Freizone Freiligrathstraße (Heppenser Deich)-, aufgestellt im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB, als Satzung. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01 - 07) beschlossen. Sie ist Bestandteil des Originalprotokolls. Die Begründung in der Fassung vom 26.08.2009 mit den Angaben nach § 2a BauGB wird beschlossen und ist dem Bebauungsplan gem. § 9 Abs.8 BauGB beigelegt.

Der Rat nimmt gleichzeitig zur Kenntnis, dass der Flächennutzungsplan im Bereich des Bebauungsplans im Wege der Berichtigung gem. § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB entsprechend der vorliegenden Darstellung angepasst wird (Berichtigung Nr. 3).

6.1.2 Bebauungsplan Nr. 123 / 2. Änderung Fachhochschule 208/2009 Entwurfsbeschluss

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 08.09.2009 vor

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans Nr. 123 / 2. Änderung – Fachhochschule zu und beschließt, ihn einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist Bestandteil des Originalprotokolls.

6.1.3 Straßenbenennung der Gerichtsstraße zwischen Bremer Straße 210/2009 und Rüstringer Straße

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 08.09.2009 vor und erläuterte die Namensfindung „Mittelstraße“. Weiterhin erklärte er, dass die Anwohner für die Übernahme der Kosten aufkommen werden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Straßenabschnitt der Gerichtsstraße zwischen Bremer Straße und Rüstringer Straße wird benannt als „Mittelstraße“.

6.1.4 Bebauungsplan Nr. 180 / 3. Änderung -Belter Weg- Behandlung 198/2009 der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 08.09.2009 vor.

Herr Hellwig erklärte, dass es sich die CDU-Fraktion bei der Entscheidung zur dieser Beschlussvorlage nicht leicht gemacht habe. Hinsichtlich der derzeitigen Situation des Einzelhandels in der Stadt und dem nicht mehr zu übersehenden Leerstand werde sich die CDU-Fraktion gegen diesen Beschluss aussprechen.

Nachdem **Herr Schmidt** den Vorsitz an **Herrn Rech** übergeben hatte, erklärte er, dass die Innenstadt zwar grundsätzlich gestärkt werden müsse, da aber die geplante Vermarktung des Bereiches zum Thema „Rund um das Auto“ nur teilweise habe realisiert werden können, müsse dieser Bereich nun anderweitig vermarktet werden. Die SPD-Fraktion signalisiere deshalb ihre Zustimmung.

Über die Ansiedlung des Baumarktes und den damit verbundenen Sortimentsbeschränkungen wurde ausgiebig zwischen den **Damen Biester**,

Bauermeister und den **Herren Dr. von Teichman, Hellwig, Neumann, Tjaden** und **Ender** diskutiert.

Herr Rech übergab den Vorsitz wieder an **Herrn Schmidt**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund der §§ 2 Abs.1 und 10 des Baugesetzbuches und der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in den z.Z. geltenden Fassungen den Bebauungsplan Nr. 180/ 3. Änderung – Belter Weg-, aufgestellt im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB, als Satzung. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01 - 10) beschlossen. Sie ist Bestandteil des Originalprotokolls. Die Begründung in der Fassung vom 26.08.2009 mit den Angaben nach § 2a BauGB wird beschlossen und ist dem Bebauungsplan gem. § 9 Abs.8 BauGB beigelegt. Der Rat nimmt gleichzeitig zur Kenntnis, dass der Flächennutzungsplan im Bereich des Bebauungsplans im Wege der Berichtigung gem. § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB entsprechend der vorliegenden Darstellung angepasst wird (Berichtigung Nr.4).

6.2 Schulausschuss6.2.1 Mitgliedschaft Verein "Lernort Technik und Natur e.V."**160/2009**

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 03.09.2009 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat benennt

a) den Vorsitzenden des Schulausschusses als Mitglied der Stadt in der Mitgliederversammlung des Vereins und

b) den zuständigen Schuldezernenten als Mitglied der Stadt im Vorstand des Vereins.

6.3 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude6.3.1 Jahresabschluss des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS) 2008 sowie Entlastung der Betriebsleitung **219/2009**

Herr Kempcke trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 10.09.2009 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven zum 31.12.2008 wird gemäß Abschlussprüfung der WIBERA Wirtschaftsberatung AG mit einem Jahresergebnis von 1.685.848,22 € festgestellt. In diesem Zusammenhang wird ebenfalls der Rechenschaftsbericht festgestellt.

- a. Der Jahresergebnis des Wirtschaftsjahres 2008 ist wie folgt zu verwenden:

- b. Einstellung in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses 1.977.745,74 €
 - c. Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses 291.897,52 €
 - d. Abführung an den Haushalt der Stadt Wilhelmshaven
657.907,12 € (Eigenkapitalverzinsung)
2. Gemäß § 30 der Eigenbetriebsverordnung Nds. wird der Betriebsleitung Entlastung erteilt.

6.4 Betriebsausschuss Entsorgungsbetriebe

6.4.1 Jahresabschluss 2008 der Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe 201/2009 sowie Entlastung der Betriebsleitung

Herr Gabriels trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Entsorgungsbetriebe vom 04.09.2009 vor und lobte die gute Arbeit der Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe. Er signalisierte die Zustimmung der SPD-Fraktion.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich erstaunt darüber, dass der von Herrn Neumann im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus gestellte Antrag nicht in die Vorlage eingearbeitet worden sei und erklärte, dass die FDP-Fraktion der ursprünglichen Vorlage zustimmen werde.

Herr Neumann erklärte, dass er den Antrag im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus gestellt habe.

Herr Werda signalisierte die Zustimmung zur ursprünglichen Beschlussvorlage durch die CDU-Fraktion.

Herr Tjaden bemängelte, dass er im heutigen Rat keinen Antrag von Seiten der SPD-Fraktion gehört habe und erklärte, dass er der ursprünglichen Beschlussvorlage zustimmen werde.

Stadtkämmerer Hoff bestätigte, dass seinerzeit im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus der SPD-Antrag mehrheitlich angenommen worden sei. Von daher müsse auch der Rat abschließend über den geänderten Beschlussvorschlag beschließen.

Herr Neumann stellte nochmals den Antrag:

„Auf die Einstellung in die allgemeine Rücklage in Höhe von 1.244.233,86 € wird verzichtet“

An der anschließenden Diskussion wie mit der ursprünglichen Vorlage und dem gestellten Antrag von Herrn Neumann im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus umgegangen werde, beteiligten sich die **Damen Glaser** und **Aljets** sowie die **Herren Tjaden, Schmidt, Weerda,**

Ender, Felbier und Oberbürgermeister Menzel.

Abschließend erläuterte der **Erste Stadtrat Stoffers** die rechtlichen Grundlagen.

Über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu Pkt. 2 der Beschlussvorlage auf die Einstellung in die allgemeine Rücklage in Höhe von 1.244.233,86 € zu verzichten, wurde wie folgt abgestimmt:

Ja: 18 Nein: 20 Enthaltungen: 3

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion wurde somit mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend ließ der Ratsvorsitzende über die ursprüngliche Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss: – mehrheitlich zugestimmt -

- 1.) Der Jahresabschluss der Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe zum 31.12.2008 wird gemäß Abschlussprüfung der Beratungs- und Prüfungsgesellschaft BPG mbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, mit einem Jahresgewinn von 2.359.233,86 € festgestellt. Der Lagebericht wird gleichfalls festgestellt.
- 2.) Von dem Jahresgewinn werden zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung und zur Finanzierung von Investitionen 1.244.233,86 € in die allgemeine Rücklage eingestellt sowie 1.115.000,00 € zur Verzinsung des Eigenkapitals ausgeschüttet.
- 3.) Gemäß § 30 Eigenbetriebsverordnung Nds. wird der Betriebsleitung Entlastung erteilt.

7 Große Anfragen

7.1 Große Anfrage der Gruppe BASU/Tholen und Ratsherrn Claus Westerman vom Bündnis 90/Die Grünen zum Thema "Wiesbadenbrücke"

Herr Tjaden trug folgende Große Anfrage mit der Bitte um Beantwortung vor:

„Für den Bereich Wiesbadenbrücke sollte ein Architekten- und Investorenwettbewerb durchgeführt werden. So beschlossen vom Rat der Stadt am 18.02.2009. Nach diesem Beschluss sollte dies bis spätestens Mitte 2009 erfolgen. Schon der Beschluss des Rates vom 18.02.2009 kam später, als ursprünglich vorgesehen.“

Fragen:

1. Wann wird der Wettbewerb gestartet?
2. Welche Zeit wird für den Wettbewerb bis zu einer möglichen Vergabe angenommen?

3. Wie hoch sind die Kosten für diesen Wettbewerb?
 - a. Welchen Anteil muss die Stadt Wilhelmshaven tragen?
4. Grundstücksbesitzer ist die BIMA.
 - a. Sind mit der Firma Linde die Bedingungen für eine Umsiedlung geregelt?
Wenn ja: Wann wird die Firma Linde das Gelände räumen?
Verbleibt die Firma Linde in Wilhelmshaven?
Wenn nein: Wann wird das erwartet?
 - b. Sind mit dem Bund (Messstelle) die Bedingungen geregelt?
Wenn nein: Wann wird das erwartet?
5. Ein Wilhelmshavener Unternehmen hat Schadenersatzansprüche angemeldet.
 - a. Welchen Sachstand gibt es in dieser Angelegenheit?
6. Welche Auswirkungen haben die Verzögerungen auf die Planungen/
Umgestaltung Jade-Allee?
7. Ist der Beschluss des Rates, hier wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass
der Wettbewerb bis spätestens Mitte 2009 erfolgen soll, noch gültig?

Die Beantwortung der Großen Anfrage erfolgte durch **Herrn Kottek**:

„Es ist nach wie vor beabsichtigt, für die Nutzung, Gestaltung und Veräußerung des Grundstücks Wiesbadenbrücke einen integrierten Investoren- und Architektenwettbewerb auszuschreiben. Hierfür hat der Rat der Stadt am 18.02.2009 ausdrücklich einen (einstimmigen) Beschluss gefasst. Dieser Beschluss ist als Grundsatzbeschluss – eine frühere Beschlussfassung war nicht vorgesehen – gefasst worden. Durch einen zweiten Beschluss über die Wettbewerbsvorgaben soll zu einem späteren Zeitpunkt, sobald die Wettbewerbsbedingungen und –vorgaben formuliert sind, eine Ergänzung stattfinden.“

Es ist festzustellen, dass zum einen das Grundstück, das im Wesentlichen aus drei Teilbereichen gebildet wird, ohne eine öffentliche Ausschreibung seitens des Grundstückseigentümers BRD nicht veräußert werden kann und darf. Dies ergibt sich aus den vergaberechtlichen Gesetzen und Vorschriften, die insbesondere in jüngster Zeit durch Entscheidungen deutscher Obergerichte (u.a. OLG Düsseldorf) und des EU Gerichtshofes geprägt sind. Zum Zweiten kann eine Veräußerung auch nur dann erfolgen, wenn die zukünftige Nutzung und Gestaltung des Grundstücks mit der Trägerin der Planungshoheit, der Stadt Wilhelmshaven, abgestimmt ist. Die konzeptionelle Lösung für die gesamte Halbinsel als Voraussetzung für die erforderliche Änderung des B-Plans Nr. 146 ist ausschließlich über einen öffentlichen Wettbewerb zu erreichen. Dieses Vorgehen ist insbesondere der herausragenden Lage und Bedeutung des Grundstücks innerhalb des Stadtgebietes und des Hafens und der zukünftigen Stadtentwicklung geschuldet.

Dies vorausgeschickt beantworte ich Ihre Fragen wie folgt:

Zu 1. Sobald die Vorgaben formuliert und vom VA/Rat beschlossen sind.

Zu 2. Gem. Zeitplan des Wettbewerbsverfahrens.

Zu 3. Mindestens 90.000,-- Euro Kosten, die sich im Wesentlichen aus Wettbewerbsleistung (Preisgelder) Vergütung von Juroren und organisatorischem Aufwand ergeben. Die BIMA als Eigentümerin und die Stadt Wilhelmshaven tragen die Kosten zur Hälfte. Der städt. Anteil ist im

Rahmen der Städtebauförderung-Stadtumbau/West bereits in die Investitionsplanung eingestellt.

Zu 4a. 1. Nein. Die Firma Linde ist Erbbaurechtsnehmerin einer Teilfläche, worauf sie eine Sauerstoffabfüllanlage betreibt. Die Laufzeit des Erbbaurechts endet 2051. Zur Umsetzung des beabsichtigten städtebaulichen Konzepts – Entwicklung eines Mischgebietes gemäß § 6 Bau NVO ohne wesentlich störendes Gewerbe – ist eine Umsiedlung der Anlage zwingend erforderlich. Bei einer vorzeitigen Beendigung des Erbbaurechts ist der Erbbaurechtsnehmer grundsätzlich zu entschädigen. Die Höhe der Entschädigung ist aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht frei verhandelbar, sondern ist gutachterlich nachvollziehbar zu ermitteln. Die Abstimmungen darüber laufen zwischen der BIMA und dem Erbbaurechtsnehmer Linde. Eine gutachterlich unterlegte freiwillige Einigung ist bisher noch nicht erfolgt. Sobald diese Einigung erzielt ist, muss sie als Vorgabe in den Wettbewerb einfließen. Eine Räumung des Betriebes wird frühestens nach dem Wettbewerb erfolgen können. Grund für die Verzögerung der Wettbewerbsausschreibung ist das Verhalten der Firma Linde AG, die bisher eine notwendige Begutachtung über die Entschädigung ablehnt.

2. Nein, wenn Abstimmung über die wirtschaftliche Entschädigung erzielt ist.

Zu 4b. Nicht abschließend erforderlich sind die Zustimmung des BMVg zum Neu-/Umbau der MES-Stelle und ihre landseitige Flächenreduzierung. Hierüber sind Abstimmungen erforderlich, die im baulichen (Neubau des Messgebäudes) und technischen (Elektroversorgung) Bereich liegen. Die Ergebnisse dieser Abstimmung müssen als Vorgabe in den Wettbewerb einfließen und die Zustimmung des BMVg muss vorher vorliegen.

Zu 5. Stellungnahme 30: Die Angelegenheit weist derzeit folgenden Sachstand auf: Die betroffenen Fachbereiche haben den zugrunde liegenden Sachverhalt ermittelt. Die hierauf erfolgte Prüfung ergab, dass die gegenüber der Stadt Wilhelmshaven geltend gemachten Schadenersatzansprüche nach unserem Ermessen dem Grunde und der Höhe nach unbegründet sind. Dieses wurde dem Anspruchsteller schriftlich mitgeteilt.

Zu 6. Keine, Grundstück grenzt an die Jade-Allee, Neugestaltung der Jade-Allee wird in den Vorgabenkatalog übernommen.

Zu 7. Der Beschluss vom 18.02.2009 verliert in keinem Fall seine Gültigkeit (siehe Eingangsausführungen).“

Herr Westerman vertrat die Ansicht, dass, wenn es einen potenziellen Investor (ob liquide oder nicht) gäbe, man sich mit diesem auch an einen Tisch setzen müsse.

Herr Prof. Reuter stimmte Herrn Westerman zu, dass der Oberbürgermeister unverbindliche Gespräche mit eventuellen Investoren führen sollte.

Oberbürgermeister Menzel entgegnete daraufhin, dass er auf Schreiben von

möglichen Investoren reagiere und immer für Gespräche bereit sei. Allerdings lasse er sich nicht unter Druck setzen und verweise solche Investoren auf die üblichen Ausschreibungsregularien.

Herr Tjaden stellte klar, dass es ihm egal sei, wer der Investor für die Wiesbadenbrücke sei, aber es sei an der Zeit, dieses Projekt schnellstmöglich anzuschieben.

Herr Dr. von Teichman merkte an, dass der Rat einstimmig beschlossen habe, einen Wettbewerb auszuschreiben und daran sollte man sich halten. Sollten seriöse Investoren mit einer Bankbürgschaft kommen, könne man sich über alles unterhalten, erpressen lassen sollte man sich allerdings nicht!

Herr Neumann erklärte, dass an dem Investoren- und Architektenwettbewerb festgehalten werden müsse.

An der abschließenden Diskussion über den Umgang mit evtl. Investoren durch die Verwaltung beteiligten sich die **Herren Rech, Kottek und Oberbürgermeister Menzel**.

Einwohnerfragestunde

*Die Frage einer **Wilhelmshavener Bürgerin**, warum man aus der Wiesbadenbrücken keinen Bürgerpark machen könne, beantwortete **Stadtbourat Kottek** dahingehend, dass sich der Rat und die BIMA mit einer Nutzung des Bereiches ausgiebig beschäftigt hätten und sich für eine Bebauung ausgesprochen hätten. Eine Zugänglichkeit für die Bevölkerung zu diesem Areal solle aber gewährleistet bleiben.*

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 18:35 Uhr

Schmidt
Ratsvorsitzender

Menzel
Oberbürgermeister

Stecker
Protokollführer

Dateiname: 9595.15766.doc
Verzeichnis: C:\Documents and Settings\Default User\My Documents
Vorlage: Normal.dotm
Titel: Sitzung 8/2009
Thema: Sitzungsdatum 23.09.2009
Autor: SDW
Stichwörter: Sitzungsort Gorch-Fock-Haus, , Wilhelmshaven
Kommentar: erstellt am 11.02.2010
Erstelldatum: 11.02.2010 12:26:00
Änderung Nummer: 1
Letztes Speicherdatum: 11.02.2010 12:26:00
Zuletzt gespeichert von: SDW
Letztes Druckdatum: 11.02.2010 12:26:00
Nach letztem vollständigen Druck
Anzahl Seiten: 14
Anzahl Wörter: 4.165 (ca.)
Anzahl Zeichen: 26.244 (ca.)